

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Demokratie schützen - Strategien gegen die zunehmende Politisch motivierte Kriminalität erarbeiten.

Der Landtag stellt fest:

1. Im Freistaat Thüringen wurden im Jahr 2019 insgesamt 2.493 Fälle Politisch motivierter Kriminalität (PMK) registriert. Damit stieg das Fallaufkommen im Vergleich zum Vorjahr um 695 Fälle (+ 38,7 Prozent). Nach einem Rückgang in den Jahren 2016 bis 2018 sind die Straftaten erstmals wieder gestiegen. Thüringen verzeichnete somit 2019 die höchste Zahl politisch motivierter Straftaten seit Einführung der Statistik im Jahr 2001.
2. Der Freistaat Thüringen verfügt derzeit über kein aktuelles und mit allen Sicherheitsbehörden und weiteren Institutionen abgestimmtes Konzept zum Umgang mit der zunehmenden Anzahl politisch motivierter Straftaten.

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zum dritten Quartal 2020

1. ein organisatorisch und personell untersetztes sowie mit allen Sicherheitsbehörden des Freistaates und weiteren Institutionen abgestimmtes Konzept für den Umgang mit der gestiegenen Anzahl politisch motivierter Straftaten vorzulegen;
2. zu berichten, durch welche konkreten Maßnahmen insbesondere die gesunkene Aufklärungsquote im Jahr 2019 wieder gesteigert werden kann.

Begründung:

Politisch motivierte Straftaten stellen eine besondere Bedrohung für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung dar. Ihre Erfassung, Analyse und wirksame polizeiliche Bekämpfung ist daher ein besonders wichtiges innenpolitisches Anliegen.

Die Täter verfolgen mit den Taten politische Ziele oder rechtfertigen Gewalttaten durch Ideologie. Die Auswirkungen solcher Taten sind besonders schwerwiegend, da sie nicht allein die Tatopfer betreffen. Auch bei anderen Menschen können sie die Angst hervorrufen, allein aufgrund ihrer politischen Einstellung, ethnischen Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung oder Identität zu Opfern von Straftaten zu werden.

Dadurch sind die Grundrechte potenzieller Opfer und die freiheitlich demokratische Grundordnung besonders gefährdet. Umso wichtiger ist ein besonders entschlossenes und konsequentes Vorgehen der Sicherheitsbehörden, unabhängig davon auf welche ideologischen Motive sich Täter berufen. Rechts- und Linksextremisten greifen genauso zur Gewalt wie religiöse Fundamentalisten und andere. Darin sind sich diese Gruppierungen ähnlicher, als ihnen je einsehbar sein wird. Häufig dient ihre erbitterte wechselseitige Feindschaft gar der Legitimation eigener Gewalt.

Im Freistaat Thüringen wurden im Jahr 2019 insgesamt 2.493 Fälle Politisch motivierter Kriminalität registriert. Im Jahr 2018 wurden 1.798 Fälle bekannt. Damit stieg das Fallaufkommen im Vergleich zum Vorjahr um 695 Fälle (+38,7 Prozent). Das ist ein Anstieg um fast 40 Prozent. Nach einem Rückgang in den Jahren 2016 bis 2018 sind die Straftaten erstmals wieder gestiegen. Mit fast zweieinhalbtausend Straftaten verzeichnete Thüringen 2019 damit die höchste Zahl politisch motivierter Straftaten seit Einführung der Statistik im Jahr 2001.

Im Phänomenbereich PMK -rechts- stieg die Zahl der festgestellten Straftaten um 73 Fälle (+5,9 Prozent), im Phänomenbereich PMK -links- war eine Steigerung um 336 Fälle (+108,4 Prozent) zu verzeichnen.

Jede Form der Politisch motivierten Kriminalität richtet sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Der friedliche Streit der Meinungen und das Gewaltmonopol des Staates gehören zu den Fundamenten der Demokratie. Daher muss die Landesregierung die Politisch motivierte Kriminalität noch mehr in den Fokus nehmen und endlich alle Formen der Politisch motivierten Kriminalität mit Nachdruck bekämpfen.

Um der gestiegenen Anzahl politisch motivierter Straftaten zu begegnen sind neben einer modernen Polizeistruktur auch ein mit allen Sicherheitsbehörden des Landes abgestimmtes Konzept, gute Ausrüstungsbedingungen und ausreichend Personal für die Sicherheitsbehörden unabdingbare Voraussetzungen.

Besorgniserregend ist vor allem die gesunkene Aufklärungsquote im Jahr 2019. Im Vergleich zum Vorjahr sank diese um 13,1 Prozentpunkte auf 39,7 Prozent. Sachbeschädigungen werden so gut wie gar nicht aufgeklärt. 2019 konnten nur in 9,9 Prozent der Fälle Tatverdächtige festgestellt werden.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, ein geeignetes Konzept für die Sicherheitsbehörden des Landes unter besonderer Berücksichtigung der Polizei sowie des Verfassungsschutzes zu erarbeiten und dem Landtag bis zum dritten Quartal 2020 vorzulegen. Um einen wirksamen Schutz der Thüringer Bevölkerung und politisch aktiver Menschen auf den unterschiedlichsten Ebenen zu gewährleisten ist es notwendig, eine solche Konzeption sowohl organisatorisch als auch personell zu untersetzen.

Für die Fraktion:

Bühl